



LUKAS RÜHLI: MEINUNGEN TEIL DER MENSCHLICHEN IDENTITÄT.

In Krisen sucht man stärker nach Identität und identifiziert sich mit Meinungen, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl ermöglichen. Fakten alleine können solche Meinungen nicht ändern. Das ist eine schlechte Nachricht für die Demokratie.

ZUR PERSON:

Lukas Rühli ist Senior Fellow und Forschungsleiter Smart Government beim liberalen Think Tank Avenir Suisse, wo er in den vergangenen zehn Jahren zu zahlreichen Themen publizierte, u.a. in den Bereichen Föderalismus und Demokratie. 2018–2019 war er zwischenzeitlich als Redaktor beim Schweizer Monat tätig und 2017 zog er zum Zeitpunkt der Amtseinssetzung von Donald Trump für vier Monate nach Washington DC (Cato Institute). Er studierte Volkswirtschaft und Geografie

an der Universität Zürich. Lukas mag Datenvisualisierungen, Zahlen, die Alpen, sein Fahrrad, gute Musik, schwarzen Humor, Lego und Katzen. Allergisch reagiert er auf Doppelmoral und Kulturpessimismus.

«Das Demokratieforum macht zum jetzigen Zeitpunkt Sinn, weil die Welt nach bald zwei Jahren Covid vor grossen Herausforderungen steht.»

Mit der Unterstützung von

ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

im Vergleich zu den teilweise starken Verwerfungen in anderen Ländern ist in der Schweiz nichts passiert, das eine erhebliche demokratierelevante Bedeutung hätte. Unsere Demokratie (ohnehin schon eine der ausgeprägtesten und inklusivsten der Welt) ist nicht in Gefahr.

Weltweit hat aber die Corona-Krise den Trend zur Meinungspolarisierung in gefährlicher Weise verstärkt. Schon davor nahm die Demokratiequalität in vielen Ländern ab, und es wurde diskutiert, welche Rolle Social Media in dieser Entwicklung einnehmen. Der Medienkonsum übers Internet (ohne Gatekeeper, jeder kann Content produzieren) ermöglicht zwar potenziell eine bessere und einfachere faktenorientierte Meinungsbildung als je zuvor, eingetroffen scheint aber das Gegenteil: Jeder kann sich nicht nur seine eigene Meinung bilden, sondern stellt sich – bewusst oder unbewusst (Stichwort: Filterbubble) – auch seine eigenen Fakten zusammen.

Corona hat diese Entwicklungen (wie auch überhaupt viele andere Prozesse) beschleunigt. Die Krise hat leider nicht, wie zu Beginn teilweise gehofft, zu einem Zusammenrücken, sondern zur zunehmenden Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft beigetragen. Eine funktionierende Demokratie braucht den Diskurs unterschiedlicher Bevölkerungs- und Interessengruppen. Wenn aber die Bürgerinnen und Bürger gar keine gemeinsame Kommunikationsbasis mehr haben, weil sie nicht nur verschiedene Meinungen haben, sondern sich auch von einer völlig unterschiedlichen Faktenbasis ausgehen, dann wird dieser

Diskurs erschwert. Das öffnet Populisten, die einfache Lösungen auf vermeintlich eindeutige Tatbestände anpreisen, Tür und Tor.

Teilweise wurde die «Abspaltung» von «Covidioten» wohl auch dadurch provoziert, dass abweichende Meinungen gerade zu Beginn der Corona-Krise gerne verunglimpft und ihnen sozusagen die Daseinsberechtigung abgesprochen wurde. Die Verhältnismässigkeit gewisser Corona-Massnahmen konnte von Beginn weg zurecht bezweifelt werden – nicht so sehr in der Schweiz, die ja mit verhältnismässig geringen Einschränkungen durch die Krise fand, sondern in anderen Ländern, in denen die Bevölkerung – ohne demokratische Legitimation – teilweise wortwörtlich in ihren Häusern eingesperrt wurde.

Es ist wie so oft bei Verschwörungstheorien: sie basieren auf einem wahren Kern, auf etwas, das diffuses Unbehagen auslöst, und überhöhen sich dann ins Lächerliche, wenn sich die Personen damit nicht ernstgenommen fühlen.

Frage ist mit wem und wie nachhaltig sie ist.

WAS HABEN WIR GELERNT?

Was wir im Zusammenhang zur vorher beschriebenen Polarisierung vor allem gelernt haben sollten: Meinungen bilden sich nicht aus Informationen und Wissen. Wenn das so wäre, dann müsste das ja dazu führen, dass es nur eine Frage der Wissensvermittlung ist, um eine Meinungskonvergenz zu erreichen.

Meinungen sind viel mehr Teil der menschlichen Identität. In Krisen sucht man umso stärker nach

Identität. Und umso mehr identifiziert man sich mit Meinungen, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl ermöglichen. Fakten alleine können solche Meinungen also nicht ändern. Das ist eine schlechte Nachricht für die Demokratie, die sich schon sehr darauf verlässt, dass Menschen ihre Meinungen rational bilden und auch rational wieder ändern.

Demokratiegefährdende Meinungen (z.B. nationalsozialistisches Gedankengut; krude Verschwörungstheorien über Schattenregierungen, Impfungen als Mittel zur Dezimierung der Menschheit, Bill Gates, etc. p.) wird man also nicht über blosser Aufklärung los, sondern man muss dafür die Identitätsebene der Träger dieser Meinungen ansprechen.

Zweitens haben wir schmerzhaft gelernt – oder eben nicht gelernt – wie Wissenschaft funktioniert. Wissenschaft ist ein ständiger Prozess von Trial and Error. Von verschiedenen, teilweise widersprechenden Erkenntnissen, aus denen dann irgendwann mal vielleicht eine Standardtheorie entsteht. Wissenschaftler irren sich oft. Und sie haben sich auch bei der Erforschung von Corona oft geirrt.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern ist aber Folgendes passiert: Die einen sagten: «Das ist die wissenschaftliche Meinung, sie ist darum korrekt», und lehnten jegliche Zweifel daran ab. Dabei sind Zweifel elementarer Bestandteil des methodischen wissenschaftlichen Prozesses. Die andere Seite sagte: «Seht ihr, die Wissenschaft hat sich geirrt, ich glaube ihr gar nichts mehr.» Dabei ist

auch Irrtum Bestandteil der Wissenschaft. Wissenschaft ist immer der aktuelle Stand des Unwissens. Aber: Es ist immerhin der aktuelle Stand. Es ist also immerhin «the best guess», die wir für die Gesetzmässigkeiten dieser Welt haben. Demokratische Entscheidungsfindung sollte auf wissenschaftliche Erkenntnisse abstützen. Die Covid-Krise hat die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft aber untergraben – weil viele eine falsche Erwartung davon haben, was Wissenschaft ist. Auch das schwächt Demokratien und erhöht den Handlungsspielraum von Populisten.

VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:

Da gibt es zwei Flughöhen bezüglich Handlungsfeld: die Schweiz und international. In der Schweiz können Vorschläge für Demokratieverbesserung bloss Vorschläge sein, die an ganz kleinen Schrauben drehen. Wir sind diesbezüglich ein Land der Glückseligen. International geht es dagegen schnell ins Philosophische.

Zur Schweiz:

Die konsens- und debattenorientierte Demokratie der Schweiz hat viele demokratietechnisch problematische Entwicklungen verhindert, die in anderen Ländern zu beobachten sind. Auch durch Covid hat sich die Schweiz im grossen Ganzen gut manövriert.

Strikt im Zusammenhang zum Umgang mit der Covid-Krise ist hier Verbesserungsbedarf auszumachen:

- Verschiebung von Abstimmungstermin (von Mai 2020): War unnötig und sollte in vergleichbarer Lage nicht wieder vorkommen. In einer digitalisierten Welt ist genug öffentlicher Diskurs möglich auch mit Abstandsregeln und Teillockdowns.
- Zur Wahrung der direkten Demokratie auch in Krisensituationen sind die Voraussetzungen für eine rasche und flächendeckende Einführung von E-Collecting und E-Voting zu schaffen.
- Abbruch Frühjahressession: Eine solche Pandemie darf in Zukunft kein Anlass für die Legislative mehr sein, sich selbst ausser Kraft zu setzen. Seine Kontrollfunktion als Volksvertreter muss das Parlament auch digital erfüllen können, um staatliches Handeln zu legitimieren.
 - E-Parlament: technische Infrastruktur ist zu schaffen, die es erlaubt, in den Kommissionen und Räten nach den gewohnten Regeln zu verfahren, mit virtueller statt physischer Anwesenheit.
 - Das Europäische Parlament tagt schon seit März 2020 teilweise online.
 - Börsenhändler konnten im Homeoffice arbeiten, obwohl ihre Arbeit ja ganz offensichtlich auch umfassende Transaktionsrisiken beinhaltet.
- Parlament hat auch nach Ende der «ausserordentlichen Lage» zu wenig Mitspracherecht. Das Covid-Gesetz räumt dem Bund viele Kompetenzen ein: Nur Informationspflicht an Parlament, Kommissionsentscheide und Empfehlungen an Bundesrat verhallen ungehört, Blitz-Vernehmlassungen fragwürdig. Digitaler Austausch zwischen dem Bundesrat und der KdK wäre zwecks schneller Entscheidungsfindung angemessener.
- Fordert die Verfassung in langanhaltenden Krisen die Übertragung von Notverordnungen in ein Gesetz, ist den bundesrätlichen Sonderbefugnissen eine gesetzlich verankerte parlamentarische Kontrolle entgegenzusetzen. Als Zeichen der parlamentarischen Kontrolle sollten in Krisenzeiten die Eidgenössischen Räte einmal pro Woche tagen.
- Für andere Krisenszenarien fehlen Rechtsgrundlagen analog zum Epidemien-gesetz. Ohne solche fallspezifischen gesetzlichen Grundlagen, die den Ermessensspielraum der Regierung durch präzise Regelungen einschränken, droht im Krisenfall eine zu umfangreiche Anwendung von Notrecht.

Zur Begrenzung von Notrecht sollten für die wahrscheinlichsten Katastrophenszenarien gesetzliche Grundlagen analog zum Epidemien-gesetz geschaffen werden. Zur Überprüfung der Relevanz der Szenarien laufen die Gesetze nach zehn Jahren automatisch aus, sofern sie nicht verlängert werden.

International:

Was die viel grösseren Herausforderungen, mit denen andere Länder konfrontiert sind, betrifft, bin ich etwas ratlos:

Nichts ist schwieriger, als ein dysfunktionales demokratisches System zu reformieren. Denn eine Reform muss ja durch ebendieses dysfunktionale System beschlossen und realisiert werden. Auch

das dysfunktionale System bringt zudem Profiteure hervor – nämlich genau die, denen es Einfluss verschafft. Und genau diese haben natürlich kein Interesse, das System zu ändern.

[Beispiel Ständemehr \(Schweiz\): Das Ständemehr selbst ist Schutz dagegen, dass das Ständemehr abgeschafft wird.](#)

Beispiel: Zweiparteiensystem USA. Niemand hat je bestimmt, dass die USA ein Zweiparteiensystem haben soll. Sondern das konsequente Majorzprinzip (winner takes it all) führt automatisch zu einem solchen Zustand. Im Zuge der zunehmenden Polarisierung der politischen Debatte ist dieses politische System besonders schädlich. Ein Ausweg ist aber kaum vorstellbar, denn beiden Parteien, die sich an der Macht abwechseln, haben natürlich kein Interesse daran, Strukturen zu schaffen, die ihre eigene Stellung gefährden könnten.

TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Demokratie und Föderalismus auf Corona-Irrfahrt?
www.avenir-suisse.ch/publication/demokratie-und-foederalismus-auf-corona-irrfahrt/

Reform der Volksrechte: www.avenir-suisse.ch/publication/volksinitiative/

Digitalisierung der Schweizer Volksrechte: www.avenir-suisse.ch/publication/digitale-direkte-demokratie/

Demokratische Partizipation von Ausländern in der Schweiz:
www.avenir-suisse.ch/publication/passives-wahlrecht-fuer-aktive-auslaender/